



Greif-Richtlinie zur Einhaltung der Vorschriften gegen Bestechung

Einführung

Greif, Inc. und seine Tochtergesellschaften, einschließlich der Joint-Venture-Unternehmen (zusammen „**Greif**“), verpflichten sich, ihre Geschäfte auf der ganzen Welt nach ethischen Grundsätzen und in Übereinstimmung mit allen geltenden Gesetzen, Regeln und Vorschriften zu führen. Jedes Land, in dem Greif Geschäfte tätigt, hat Gesetze, die die Bestechung von Regierungsbeamten in diesem Land verbieten. Diese Gesetze fördern den fairen Wettbewerb sowie die Integrität des politischen Prozesses und senken die Kosten der Geschäftstätigkeit.

Mehrere Länder verbieten auch Unternehmen, die ihren Gesetzen unterliegen, die Bestechung von Regierungsbeamten in anderen Ländern. Zu diesen Gesetzen gehören der U.S. Foreign Corrupt Practices Act („**FCPA**“) und der United Kingdom Bribery Act sowie Verträge, die von vielen Ländern ratifiziert wurden, wie z. B. das OECD-Übereinkommen zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr (das „**OECD-Bestechungsübereinkommen**“) und das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Bestechung.

Einige Länder und andere Regierungsbehörden (regionale, staatliche und lokale Regierungen) haben Gesetze erlassen, die Bestechung im Geschäftsverkehr verbieten. Kommerzielle Bestechung liegt vor, wenn die Bestechung keine Regierungsbeamten betrifft.

Umfang

Diese Richtlinie gilt für alle Direktoren, leitenden Angestellten, Mitarbeiter, Berater und andere Personen, die Greif vertreten (zusammenfassend „**betroffene Personen**“). Der Begriff „**Berater und andere Personen**“ umfasst Berater, Agenten, Handelsvertreter, Händler, unabhängige Auftragnehmer, Subunternehmer, Zollmakler, Spediteure und alle Personen, die beauftragt oder ermächtigt sind, Arbeiten für Greif durchzuführen oder die Interessen von Greif zu vertreten.

Richtlinie

Alle betroffenen Personen müssen alle Gesetze einhalten, die die Bestechung von Regierungsbeamten verbieten, und dürfen sich nicht an der Bestechung von Personen beteiligen, die an geschäftlichen Transaktionen mit Greif beteiligt sind.

Darüber hinaus gilt für alle betroffenen Personen das Folgende:

1. Sie haben keine Befugnis, sich an Aktivitäten zu beteiligen, die mit dieser Richtlinie unvereinbar sind, oder ein solches Verhalten durch eine andere betroffene Person zu genehmigen, zu fordern oder zu erlauben.
2. Sie dürfen keine Bestechungsgelder genehmigen, fordern, erbitten, versprechen, gestatten oder gewähren, weder bei einer Transaktion mit einem Regierungsbeamten noch bei einer anderen geschäftlichen Transaktion.
3. Sie dürfen keine Berater und andere Personen einsetzen, um gegen Gesetze gegen Bestechung oder gegen diese Richtlinie zu verstoßen.
4. Sie dürfen gemäß dem Greif-Verhaltenskodex und anderen Greif-Richtlinien keine Bestechungsgelder von Lieferanten und anderen Personen genehmigen, erbitten oder annehmen, um deren Entscheidungen im Namen von Greif zu beeinflussen.

Leitlinien

Die Gesetze der einzelnen Länder und Gesetze wie der FCPA, das britische Bestechungsgesetz und das OECD-Bestechungsübereinkommen weisen viele Ähnlichkeiten auf, aber es gibt auch wichtige Unterschiede. Jede betroffene Person ist dafür verantwortlich, die Gesetze der Länder, in denen sie arbeitet, und alle anderen Gesetze, die auf ihr Verhalten anwendbar sein könnten, zu kennen.

Als Richtschnur gelten die *fünf wichtigsten* Komponenten, die *eine Bestechungshandlung* im Sinne dieser Richtlinie darstellen:

1. Die Leistung oder das Versprechen einer Zahlung;
2. In Form von Geld oder anderen Wertgegenständen;
3. Unmittelbar oder mittelbar;
4. An einen Regierungsbeamten oder eine andere Person in Verbindung mit einer geschäftlichen Transaktion; und
5. Um ein Geschäft zu erhalten oder zu behalten; um einen kommerziellen Vorteil zu erhalten oder zu behalten; um eine Genehmigung, eine Lizenz, eine günstige steuerliche Behandlung oder eine andere behördliche Genehmigung zu erhalten; oder um eine andere Gegenleistung für Greif oder für eine andere Person zu erhalten.

Jede Komponente muss so umfassend wie möglich ausgelegt werden. Im Folgenden wird eine Zusammenfassung der einzelnen Komponenten gegeben. Darüber hinaus müssen die betroffenen Personen auch den Anschein unangemessener Handlungen gegenüber Regierungsbeamten und bei anderen geschäftlichen Transaktionen vermeiden. Fragen Sie sich immer, ob die von Ihnen in Betracht gezogene Maßnahme als Bestechung angesehen werden könnte. Wenn die Antwort „Ja“

lautet, sollten Sie diese Maßnahme nicht durchführen und im Zweifelsfall einen Mitarbeiter der Rechtsabteilung von Greif konsultieren.

1. *Zahlung oder Zahlungsverprechen*

Das Anbieten oder Versprechen von Bestechungsgeldern und die Genehmigung zum Anbieten von Bestechungsgeldern, auch wenn niemals Bestechungsgelder gezahlt werden, stellt einen Verstoß gegen diese Richtlinie dar.

2. *Geld oder Wertgegenstand*

Bestechungsgelder können in bar, aber auch auf andere Weise gezahlt werden, z. B.:

- Darlehen
- Bewirtung
- Reisen
- Einladungen
- Patenschaften
- Spenden für wohltätige Zwecke
- Politische Beiträge
- Geschenkkarten, Gutscheine oder ähnliche Zertifikate
- Investitionsmöglichkeiten
- Anstellung/Praktika für Regierungsbeamte oder deren Angehörige
- Übermäßige Rabatte
- Kauf von Waren oder Dienstleistungen zu über dem Marktpreis liegenden Preisen
- Bezahlung von Ausgaben einer anderen Person, einschließlich Studiengebühren, Country-Club-Gebühren oder Haushaltsausgaben

Eine Bestechung in beliebiger Höhe stellt einen Verstoß gegen diese Richtlinie dar. Es gibt keinen Mindestbetrag, der zulässig ist. Folglich verbietet diese Richtlinie Schmiergeldzahlungen, d. h. kleine Zahlungen zur Beschleunigung einer Routine- oder Verwaltungsmaßnahme, wenn das Unternehmen, das die Zahlung leistet, einen Rechtsanspruch auf die Maßnahme hat. Der Unterschied zwischen Bestechung und einer Schmiergeldzahlung ist nicht immer leicht zu erkennen, und viele Länder betrachten solche Zahlungen als illegal, weshalb diese Richtlinie solche Zahlungen verbietet.

Wie im Greif-Verhaltenskodex vorgesehen, sind Geschenke und Bewirtungsspesen vorbehaltlich der örtlichen Gesetzgebung zulässig, wenn sie (1) von geringem Wert sind, (2) der üblichen Branchenpraxis entsprechen und (3) nicht verschwenderisch oder übertrieben sind. Geschenke und Bewirtungsspesen müssen auch den Anforderungen der Greif-Richtlinie für Reise- und Bewirtungsaufwendungen entsprechen. Jedoch ist jedes Geschenk oder jede Bewirtung, die

darauf abzielt, ein Geschäft zu erhalten oder zu behalten, einen kommerziellen Vorteil zu erlangen, eine Genehmigung, eine Lizenz, eine günstige steuerliche Behandlung oder eine andere behördliche Genehmigung zu erhalten oder eine andere Gegenleistung für Greif oder eine andere Person zu erhalten, Bestechung und stellt einen Verstoß gegen diese Richtlinie dar.

3. Unmittelbar oder mittelbar; Einsatz von Beratern und anderen Personen

Bestechungsgelder sind Bestechungsgelder und verstoßen gegen diese Richtlinie, unabhängig davon, ob sie mittelbar oder unmittelbar durch Berater oder andere Personen zum Nutzen von Greif angeboten werden. Die Beauftragung eines Beraters, Agenten oder einer anderen Person mit der Bestechung ist das Gleiche, wie wenn Sie es selbst tun. Greif kann für das Verhalten von Beratern und anderen Personen, die von Greif eingestellt wurden, verantwortlich sein. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Mitarbeiter keine Tatsachen oder Umstände ignorieren, die darauf hindeuten, dass die Gefahr besteht, dass potenzielle Berater oder andere Personen Bestechungs- oder Schmiergelder zahlen, und dass derartige Tatsachen oder Umstände der Rechtsabteilung von Greif mitgeteilt werden, bevor solche Berater und andere Personen beauftragt werden.

Alle Berater und sonstigen Personen sollten auf diese Richtlinie aufmerksam gemacht werden. Vor der Einstellung von Beratern und anderen Personen, die Greif vertreten sollen, muss eine angemessene Due-Diligence-Prüfung durchgeführt werden, um die Fähigkeit und Bereitschaft dieser Person zur Einhaltung dieser Richtlinie zu beurteilen und um festzustellen, ob diese Person ein Risiko für Greif darstellt. Die Rechtsabteilung von Greif hat Zugang zu verschiedenen Datenbanken, die diesen Bewertungsprozess unterstützen können.

Greif darf Berater und andere Personen nur dann beauftragen, wenn alle folgenden Anforderungen erfüllt sind: (1) Es besteht ein legitimer Bedarf an den von ihnen erbrachten Dienstleistungen oder Gütern; (2) die Preise für die Dienstleistungen und Güter liegen nicht über dem Marktwert; (3) sie sind qualifiziert, die Dienstleistungen oder Güter zu erbringen; (4) sie sind nach einer angemessenen Due-Diligence-Prüfung unter dem Gesichtspunkt der Bestechungsbekämpfung geeignet; und (5) es liegt ein schriftlicher Vertrag vor, der einen angemessenen Wortlaut zur Bestechungsbekämpfung enthält und von einem Mitglied der Greif-Rechtsabteilung geprüft und genehmigt wurde. Es ist auch wichtig, dass jeder Greif-Mitarbeiter, der Berater und andere Personen einstellt, deren Aktivitäten in angemessener Weise überwacht, und das Versäumnis, dies zu tun, stellt einen Verstoß gegen diese Richtlinie dar.

4. *Regierungsbeamter*

Für die Zwecke dieser Richtlinie umfasst der Begriff „Regierungsbeamter“:

- Politische Parteien, Politiker oder politische Kandidaten
- Mitglieder der königlichen Familien
- Gewählte oder ernannte Regierungsbeamte
- Politische Amtsträger oder Kandidaten für ein politisches Amt
- Beamte oder Angestellte einer Regierung, eines Ministeriums oder einer staatlichen Einrichtung oder jede andere Person, die in offizieller Funktion für oder im Namen einer Regierung handelt
- Beamte oder Angestellte von öffentlichen internationalen Organisationen (wie der Weltbank, den Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder dem IWF)
- Beamte und Angestellte der Regierung oder staatlicher oder staatlich kontrollierter Unternehmen (in einigen Ländern besitzt oder betreibt die Regierung Unternehmen, und alle Angestellten solcher Unternehmen gelten im Rahmen dieser Richtlinie als Regierungsbeamte)
- Ehrenamtliche Regierungsbeamte
- Verwandte und Familienangehörige einer der oben genannten Personen
- Jede Person, die im Namen einer der oben genannten Personen handelt

Eine Person hört nicht dadurch auf, Regierungsbeamter zu sein, dass sie angibt, in privater Eigenschaft zu handeln, oder dadurch, dass sie unentgeltlich tätig ist. Eine Person kann als ausländischer Regierungsbeamter im Sinne des FCPA angesehen werden, auch wenn sie in ihrem Heimatland nicht als Regierungsbeamter gilt.

Im Geschäftsverkehr sind Bestechungsgelder an Einzelpersonen, Beamte und Angestellte von nichtstaatlichen Einrichtungen sowie an Personen, die im Namen einer solchen Einrichtung handeln, verboten.

5. *Um ein Geschäft oder eine andere Gegenleistung zu erhalten oder zu behalten*

Bestechung ist nicht auf Situationen beschränkt, in denen Greif direkt von einem Regierungsbeamten ein Geschäft oder einen Vertrag erhalten kann. Auch die folgenden Situationen können Fälle von Bestechung sein: Genehmigungen, Lizenzen, Zertifikate oder andere behördliche oder administrative Zulassungen; Inspektionen und Audits; Importe und Exporte von Produkten, einschließlich der Vermeidung oder Reduzierung von Zöllen und Umsatzsteuern, die gesetzlich vorgeschrieben sind; günstige steuerliche Behandlung; und jede Art von Vorzugsbehandlung. In ähnlicher Weise ist Bestechung im geschäftlichen Verkehr die Zahlung an eine Einzelperson oder einen Mitarbeiter einer nichtstaatlichen Einrichtung mit der Absicht, eine Kaufentscheidung zu beeinflussen.

Bücher und Aufzeichnungen

Greif verfügt über strenge Richtlinien zur Aufrechterhaltung interner Buchführungskontrollen, genauer Bücher und Aufzeichnungen und zur Einhaltung der allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätze. Alle Geschäftsinformationen und -transaktionen müssen in den Büchern und Aufzeichnungen von Greif korrekt und rechtzeitig aufgezeichnet werden, und zwar so detailliert, wie es vernünftigerweise notwendig ist, um die Transaktionen angemessen wiederzugeben, zusammen mit den entsprechenden Belegen. Geheime, nicht aufgezeichnete oder nicht gemeldete Transaktionen sind verboten. Ebenso sind informelle Konten und falsche oder betrügerische Einträge in den Büchern und Aufzeichnungen von Greif streng verboten.

Warnhinweise

Der Begriff „Warnhinweis“ wird für Situationen verwendet, die ein Warnzeichen für potenzielle Probleme darstellen. Bestechungshandlungen gehen oft mit einem oder mehreren Warnhinweisen einher. Einige dieser Warnhinweise sind im Anhang zu dieser Richtlinie zusammengefasst. Alle betroffenen Personen sollten auf diese Warnzeichen achten und entsprechende Maßnahmen ergreifen, wenn sie Warnhinweise sehen.

Strafen

Verstöße gegen diese Richtlinie führen zu disziplinarischen Maßnahmen von Greif gegen einen Zuwiderhandelnden, bis hin zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses, soweit dies nach örtlichem Recht zulässig ist. Die Durchsetzung von Bestechungsgesetzen nimmt weltweit zu, sowohl was die Anzahl der Durchsetzungsmaßnahmen als auch die Härte der Strafen betrifft. Zu den Folgen von Verstößen gegen die Bestechungsgesetze gehören Geldbußen und Strafen für die beteiligten Personen und für Greif, und sie können auch Gefängnisstrafen für die an der Bestechung beteiligten Personen sowie eine ernsthafte Schädigung ihres Rufs und ihrer Karriere bedeuten.

Melden von Verstößen

Jede Person, die von einem Verstoß oder einem mutmaßlichen potenziellen Verstoß gegen ein Gesetz, eine Vorschrift oder diese Richtlinie oder von verdächtigen Aktivitäten oder „Warnhinweisen“ erfährt, ist verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen. Verstöße oder die Beobachtung verdächtiger Aktivitäten dürfen nicht ignoriert, versteckt oder vertuscht werden.

Es wird empfohlen, dass Sie sich an eine oder mehrere der folgenden Stellen wenden:

- Ein geeigneter Vorgesetzter oder ein Mitglied der Geschäftsleitung
- Greifs General Counsel unter +1 740-549-6188 oder ein anderes Mitglied der Rechtsabteilung von Greif

- Den Revisionsausschuss (Audit Committee) des Verwaltungsrats von Greif erreichen Sie per E-Mail unter auditcommittee@greif.com oder postalisch unter Audit Committee, Greif, Inc., 425 Winter Road, Delaware, Ohio 43015, USA.
- Die Greif-Ethik-Hotline: Bedenken können vertraulich und anonym (soweit gesetzlich zulässig) an einen unabhängigen Informationsdienst gemeldet werden. Die Hotline ist an allen Wochentagen rund um die Uhr besetzt. Sie erreichen die Greif-Ethik-Hotline unter greif.ethicspoint.com, wo Sie schriftlich Meldung erstatten können, sowie telefonisch:
 - Nordamerika (gebührenfrei): 866-834-1825
 - An anderen Standorten wie auf greif.ethicspoint.com unter „To Make a Report“ (Eine Meldung erstatten) angegeben



Greif erlaubt keine Vergeltungsmaßnahmen

jeglicher Art, wenn ein tatsächliches oder potenzielles illegales oder unethisches Fehlverhalten in gutem Glauben gemeldet wird. Wir verbieten auch Vergeltungsmaßnahmen gegen Personen, die an einer Untersuchung mitwirken. Zu den Vergeltungsmaßnahmen gehören Entlassung, Degradierung, Suspendierung, Drohungen, Belästigung und jede andere Art von Diskriminierung in den Beschäftigungsbedingungen aufgrund einer rechtmäßigen Handlung, die ein Arbeitnehmer vorgenommen hat. Jeder Mitarbeiter, der Vergeltungsmaßnahmen gegen eine Person ergreift, die in gutem Glauben einen Verstoß gemeldet oder an einer Untersuchung mitgewirkt hat, muss mit Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Kündigung rechnen, soweit dies nach örtlichem Recht zulässig ist.

Gültig seit: 1. Mai 2023

Warnhinweise, die auf mögliche Verstöße gegen das Bestechungsgesetz hinweisen können

1. Verdächtige Rechnungen, Quittungen und Zahlungen
 - a. Zahlungen an Regierungsbeamte
 - b. Ungewöhnliche Zahlungen an Kunden oder Lieferanten (z. B. zusätzliche oder gesonderte Gebühren über den marktüblichen Sätzen)
 - c. Lizenzgebühren
 - d. Ungewöhnliche Namen oder Codenamen (z. B. „Alter Freund“, „Mr. Paris“ und ähnliche)
 - e. Ungewöhnlich komplexe Transaktionsstrukturen oder Zahlungsprozesse
2. Verdächtige Zahlungen an Einzelpersonen
3. Verdächtige Reise- und Bewirtungskosten, Geschenke, Spenden für wohltätige Zwecke oder andere ähnliche Ausgabenposten
 - a. Mangelnde Transparenz der Ausgaben in der Buchführung
 - b. Ungewöhnlich hohe Gebühren
 - c. Reiseziele, die außerhalb der Greif-Einrichtungen liegen oder die nicht geschäftsbezogen erscheinen (z. B. Las Vegas; Paris; Dubai; Monaco; Disney World; Schweizer Alpen)
 - d. Kosten für Luxushotels oder Reisen, teure Eintrittskarten für Veranstaltungen oder Besichtigungen
4. Verdächtige Inanspruchnahme von Vertriebshändlern oder Handelsvertretern für den Verkauf von Waren oder Inanspruchnahme von Dienstleistern wie Beratern, Agenten, Vermittlern oder professionellen Firmen oder Personen (einschließlich Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying, Recht und Buchhaltung)
 - a. Ungewöhnliche Zahlungsbedingungen oder finanzielle Vereinbarungen, wie z. B.:
 - (1) Abschlagszahlungen
 - (2) Zahlungen auf ein Bankkonto, das auf einen anderen Namen lautet
 - (3) Zahlungen auf Konten in anderen Ländern als dem, in dem das Unternehmen ansässig ist oder die Dienstleistungen erbracht werden sollen
 - (4) Vereinbarung zur Zahlung eines „Erfolgshonorars“
 - (5) Zahlungen, die auf verschiedene Personen oder Standorte aufgeteilt sind (ein Berater, aber zwei separate Zahlungen an verschiedene Namen oder Standorte)
 - (6) Alle Barzahlungen von erheblichem Umfang
 - b. Ungewöhnlich hohe oder fragwürdige Provisionen, Beratungshonorare, Kostenerstattungen oder andere Zahlungen
 - c. Geschichte der Korruption im Land
 - d. Ein Regierungsbeamter empfiehlt einen Berater oder eine andere Person
 - e. Ein potenzieller Berater und eine andere Person hat eine enge persönliche oder familiäre Beziehung zu einem Regierungsbeamten
 - f. Rechnungen decken die Ausgaben anderer Personen, überhöhte Rechnungen, Forderungen nach zusätzlichen Provisionen oder Boni oder ungewöhnlichen Rabatten
 - g. Mitarbeiter äußern Bedenken oder es herrscht unangemessene Geheimhaltung (z. B. werden unsere Mitarbeiter angewiesen, „keine Fragen zu stellen“)

- h. Ein potenzieller Berater oder eine andere Person scheint kein seriöses Unternehmen zu sein (z. B. kein ausreichendes Personal für die Ausführung der vereinbarten Arbeiten oder kein tatsächlicher Geschäftssitz)
 - i. Ein potenzieller Berater oder eine andere Person ist zu wichtig, zu beschäftigt oder beleidigt, um eine Due-Diligence-Prüfung durchzuführen
 - j. Ein potenzieller Berater und eine andere Person erheben Einwände gegen Zusicherungen und Garantien zur Korruptionsbekämpfung in ihrem Vertrag
 - k. Einem potenziellen Berater und einer anderen Person fehlt es an objektiver Erfahrung oder Qualifikation für die zu erbringenden Dienstleistungen
 - l. Ein potenzieller Berater und eine andere Person suggeriert, dass eine bestimmte Zahlung, ein Geschenk oder eine Form der Bewirtung oder Unterhaltung dazu beitragen würde, ein bestimmtes Ziel zu erreichen
- 5. Plötzliche Erlangung einer Genehmigung, Lizenz oder sonstigen behördlichen Zulassung nach langer Verzögerung
 - 6. Informelle Konten oder „schwarze Kassen“
 - 7. Kürzliche Einstellung eines amtierenden oder pensionierten Regierungsbeamten oder eines Verwandten, sei es für eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung, eine Ausbildung oder ein Praktikum